



## Widerstand ist machbar, Herr Nachbar!

Besetzung des Niedersächsischen Landtages

Da staunten sie nicht schlecht, die Damen und Herren Abgeordneten im Niedersächsischen Landtag, als ihre Sitzung jäh von ungebeten Besuchern aufgelockert wurde. Clowns liefen da plötzlich im Plenarsaal herum, allerdings nicht die Clownfiguren, die als Marionetten der Atomindustrie gerade erst den Weiterbetrieb der AKWs wünschten, sondern "echte", die in Freiem Willen ihre und die Bürgermeinung im Nordlicht-Parlament deutlich machen wollten. **Atomausstieg sofort! Schützt uns, nicht die Atomkraft!**

Mit Transparenten von der Zuschauertribüne aus wurde die Ernsthaftigkeit der nicht nur clownesken Aktion für die Volksvertreter unübersehbar gemacht.

Gleichzeitig wurde auf der Treppe des Landtags eine symbolische CASTOR-Ladung Atommüll von 12 NikoläusInnen aus dem Transportsack gekippt; in jedem dieser Behälter genau die Anzahl von "Kokillen", die jeder Gorleben-Castor aus dem November enthält. Menschen von den Atommüll-Endlagerstandorten Gorleben, Asse / Wolfenbüttel und Morsleben wiesen mit ihrer friedlichen Aktion darauf hin, daß niemand in der Lage sein wird, Atommüll "sicher" über den unumstrittenen Zeitraum von einer Million Jahren lagern zu können. Morsleben ist teilweise in sich zusammengekracht, die "Asse", als "Versuchs"-Endlager mit über 125.000 teils plutoniumhaltigen und mittelaktiven Fässern vollgeschüttet, läuft voll mit Salzlauge - täglich über 12500 Liter, und niemand kann das Absaufen stoppen.



In Gorleben soll weiter-"erkundet", also weitergebaut werden, obwohl eines der Mindestkriterien für ein "Endlager", nämlich ein unberührtes Deckgebirge als Grundwasserschutz, seit der "Elster"-Eiszeit nicht mehr vorhanden ist. Gletscher haben eine tiefe Rinne gegraben, Tag für Tag wird der Salzstock abgelaugt. "Seit Anfang der Achtziger Jahre gibt es über das Erkundungsbergwerk Gorleben ausreichend wissenschaftliche Daten", heißt es in einer Erklärung der Protestierer. Es sei nicht nachvollziehbar, warum dieser Salzstock nicht längst aus dem Rennen ist. Die geplante Aufhebung des Moratoriums und 'Weiteruntersuchung' mache keinen Sinn, der Standort sei untauglich. "Wir fordern die sofortige Aufgabe des Standorts Gorleben und die Stilllegung aller Atomanlagen!", hieß es weiter.

Das sollten die Abgeordneten, die den Plenarsaal verlassen hatten, und sich vor der Landtagstür direkt ein Bild machen wollten, nicht hören. Die mittlerweile eingetroffene Polizei verbot den Atomkraftgegnern, den Text per Megafon weiter vorzulesen - "Bannmeile". Zunächst wurde geduldet, ohne technische Hilfe zu informieren, dann allerdings begannen die unduldsamen Damen und Herren grundlos, die Menschen von der Treppe zu schieben. Die "Bannmeile", nirgends erkennbar, endete nunmehr vor den Treppenstufen.

Nachdem einige Transparente eingesackt worden waren, wurde weitergedrängelt, der "Bann" vergrößert. Dabei wurde auch mehr als ruppig vorgegangen. Ein punkiger Zivilbeamter streifte sich schnell mal eine Binde mit dem Aufdruck

"Polizei" über, schubste und drängelte übelst, um sie dann wieder zu entfernen und im Menschaufmarsch von Passanten und Presse unterzutauchen, ein anderer mit übergestreifter grüner Weste hatte in der ruhigen Situation bereits seinen Schlagstock gezückt. Als völlig überzogen bezeichnete der Lüchow-Dannenberg SPD-Abgeordnete Dehde das Verhalten der Polizei. Ein Mann aus der bekanntermaßen völlig gewaltfreien Aktionsgruppe "Widersetzen" war zu Boden gerissen, und sein Kopf von den "Staatsbürgern" in schwarzer Uniform massiv auf das Pflaster gedrückt worden.

Reaktion auf einen weiteren "Schock" der Landtag-Securitys? Eine Atomkraftgegnerin war nicht aus dem Plenumsaal entfernt worden, und begann erneut, im Landtag ihren Protest vorzutragen.

Nach und nach wurde die "Bannmeile" immer mehr ausgeweitet. Bis zur nächsten Straße wurden die Wendeländer und ihre Freunde nun getrieben. Einige, die besonders bunt gekleidet waren, und durch ihre Hartnäckigkeit unangenehm auffielen, wurden zwecks Personalfeststellung festgehalten.

"Von dieser Kneipenecktür bis zur Laterne auf der Kreuzungsmitte" erklärte nunmehr eine Staatsdienerin den Menschen reiche die Bannmeile jetzt. Woran das denn zu erkennen sei? "Weil ich es Ihnen sage". Leider, so wurde Polizeikollegial bedauert, sei irgendwann auf die farbige Markierung auf dem Trottoir verzichtet worden - aus Kostengründen.

Und das war den plötzlich wieder schiebenden PolizistInnen wohl ganz recht. Denn nun

### Inhalt

- S. 1 Widerstand ist machbar, Herr Nachbar!
- S. 2 Atomkraftgegner demonstrieren vor dem Landtag
- S. 3 Strahlende Luftfracht
- S. 4 Atomtransport auf dem Weg zum Flughafen gestoppt
- S. 5 Urantransporte-Widerstand wird international
- S. 6 Neuer Atommüll nach Ahaus – neuer Widerstand  
Anti-Atom-Demo in Münster
- S. 7 Fest zum 30 jährigen Bestehen
- S. 8 Verschiedenes & Termine & Service

## Stand der Dinge

In dieser Randspalte wird in kurzen Worten erklärt, in welchem Ausbaustadium sich die verschiedenen Anlagen befinden.

### Faßlager

Die Einlagerung von schwach- und mittelaktivem Müll in Fassgebänden begann 1984. Ende der 80er Jahre wurden Fässer mit ungeklärtem Inhalt aus der belgischen Atomschmelze Mol entdeckt („Transnuklearskandal“). 1.296 Gebinde mussten wegen des Drucks der atomkritischen Öffentlichkeit aus Gorleben wieder entfernt werden. Entdeckt wurden darüberhinaus Korrosionsschäden und „Blähfässer“ (Gasentwicklung). Messberichte der Brennelementlagergesellschaft (BLG) belegten z.B. einen Anstieg der Radioaktivität bei sommerlichen Außentemperaturen, was die Gasbildung „anheizt“. Auf Druck der Fachgruppe Radioaktivität der BI musste das Umgebungsüberwachungssystem der BLG nachgebessert werden. Ende 1995 wurde genehmigt, das zulässige Radioaktivitätsinventar des Lagers um das 1000-Fache zu erhöhen. Hintergrund ist die Absicht, bitumierte radioaktive Abfälle aus der französischen WAA Cap de La Hague und mittelaktive Komponenten in Gorleben einzulagern.

### CASTOR-Halle

Die Castor-Halle bietet Platz für 420 Behälter. Elfeneinhalb Jahre konnte die Einlagerung von hochradioaktiven, abgebrannten Brennelementen verhindert werden. Am 25. April 1995 wurde der erste Castor (Cask for the storage of radioactive material) von 16.000 Polizisten gegen den Widerstand weiter Bevölkerungskreise nach Gorleben transportiert. Seit Ende Mai 1995 darf auch hochaktiver, verglaster Müll aus der Wiederaufarbeitung (in Form von Kokillen) eingelagert werden. Außerdem wurde die Kapazität von 1.500 t Müll auf 3.800 t erhöht, und das alles auf der gleichen Grundfläche. Ein erster Kokillentransport folgte am 8. Mai 1996. Diesmal traten 18.000 Beamte an, um den Transport durchzusetzen. Vorläufiger Höhepunkt war die Anlieferung eines „Sixpack“ (sechs Behälter zu einem Transportvorgang gebündelt) Anfang März 1997. Die Kosten für den Polizeieinsatz – 30.000 Beamte waren unterwegs – summieren sich auf 111 Mio. DM. Danach scheiterte ein weiterer Versuch über den Bahnhof Arendsee (Sachsen-Anhalt) am anhaltenden Widerstand. Dieser Umweg musste gewählt werden, weil eine Bahnbrücke bei Seerau/ Hitzacker sich für die

wurde die "Banmeile" erneut ausgeweitet: über die stark befahrene Kreuzung wurden Clowns & Friends auf die andere Straßenseite gedrückt und gedrängt. Jetzt endlich haben sie sich durchgesetzt, die staatlichen Befehlsempfänger.

Vermutlich mußten sie Platz machen, für den Gefangenenbus, der kurz darauf im die Ecke gefahren kam. Und der kurze Zeit später den Ort des Geschehens wieder leer verlassen hat... Die Personalienfeststellungen waren ja längst beendet, der "Gorleben-Widerstand" wieder auf dem Heimweg.

Irgendwo scheint da ein gewisses Chaos bei der Polizei zu herrschen, ein Chaos, das nicht konstruktiv umzusetzen ist, wo nur Hierarchien und exakte Planung mit Befehlen im Einsatzkonzept vorgesehen sind. Chaos und Kreativität, Unberechenbarkeit, Spaß und Hartnäckigkeit

sind staatlich-konzeptionell nicht zu begreifen.

Nun soll sich der Landtag auf einer nächsten Sitzung mit seiner eignen "Sicherheits"-Situation beschäftigen, statt sich um die vorgebliche Sicherheit von Endlagern, Transrapid, Titanic und ICE zu kümmern. Von einer "generalstabsmäßige geplanten" Aktion hat die Polizei gegenüber den Medien lamentiert. Damit sie endlich mal dazulernen, sei ihnen mitgeteilt: Der "Widerstand" der Atomkraftgegner ist ebensovienig vor auszuplanen, wie die "Halbwertszeit" von atomaren "Endlagern". Es gibt keine "Generäle"! Es gibt keine "Stäbe"! Es gibt keinerlei "Sicherheit"!

**Daher:  
ABSCHALTEN!  
SOFORT UND WELTWEIT!!!**

Dieter Metk

# Atomkraftgegner demonstrieren vor dem Landtag

**In Hannover trafen sich AktivistenInnen aus Gorleben, Asse und Schacht Konrad**

**Am 06.12.2006 haben um 11 Uhr über 50 Atomkraftgegner aus den Standorten Gorleben, Asse und Schacht Konrad im und am Landtag in Hannover gegen die Endlagerpolitik der niedersächsischen Landesregierung protestiert. Im Plenarsaal entrollten sie Transparente und versuchten sich am Rednerpult anzuketten während andere als Nikoläuse verkleidet mit symbolischen Atom-mülllosen die Eingangstür zum Landtagsgebäude versperrten. Nach 20 Minuten wurden die Demonstranten von der Polizei weggedrängt. Einige wurde zur Personalienfeststellung zu den Polizeifahrzeugen geführt.**

"Die niedersächsische Landesregierung versucht mit allen Mitteln, Gorleben als Atommüllklo durchzuboxen. Es ist unerträglich, dass Wulff, Sander und Co. gebetsmühlenartig behaupten der Salzstock sei als Endlager tauglich, obwohl sie nicht in der Lage sind dies nachzuweisen", erläutert der Sprecher der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow Dannenberg die Aktion.

De Facto wird Gorleben über Castortransporte in das oberirdische Zwischenlager von Politik und Industrie als Endlager zementiert. Der Standort wurde nur aus politischen und finanziellen Interessen heraus gewählt. Die Suchkriterien werden dabei einfach immer weiter an den vorgefundenen Salzstock angepasst, bis sich die Politik den Standort "passend" gemacht hat.

Seit Anfang der Achtziger Jahre gibt es über das Erkundungsbergwerk Gorleben ausreichend wissenschaftliche Daten. Weil ein Deckgebirge über dem Salzstock in großen Teilen nicht vorhanden ist, werden auf Dauer radioaktive Isotope über Wasserwege die Biosphäre verseuchen. Es ist darum nicht nachvollziehbar, warum der Salzstock als Endlager nicht längst aus dem Rennen ist. Die geplante Aufhebung des Moratoriums und "Weiteruntersuchung" macht keinen Sinn, weil der Standort untauglich ist. **Wir fordern die sofortige Aufgabe des Standorts Gorleben und die Stilllegung aller Atomanlagen!**

Hintergrund: Für die Betriebserlaubnis von Atomkraftwerken brauchen die Betreiber nach Atomgesetz einen sogenannten Entsorgungsnachweis. Sie müssen nachweisen, wo und wie Atommüll sicher gelagert werden kann. Bis heute gibt es aber kein Endlager für den hochradioaktiven Müll. Von der Politik abgesehen, bedient man sich eines Tricks: Ein reines "Erkundungsbergwerk" im Gorlebener Salzstock soll den Atomkraftwerksbetreibern als "Entsorgungsnachweis" ausreichen. Jede Imbissbude, die nicht nachweisen kann, wie sie ihr altes Fett entsorgt, wäre längst geschlossen. Die finanziellen Interessen der Atomindustrie hingegen werden von der Regierung weiter abgesehen und mit Polizeigewalt durchgesetzt.

Die Endlager in Salz für schwach- und mittelaktiven Müll, Asse bei Wolfenbüttel und Morsleben bei Helmstedt, sind in katastrophalem Zustand. Die Asse droht abzusaufen und Morsleben bricht teilweise zusammen. Warum sollte das bei Schacht Konrad anders sein? Immerhin ist auch der Schacht Konrad bei Salzgitter ein altes Bergwerk, das nur deshalb genutzt werden soll, weil es 1976 zufällig zur Verfügung stand.

Die Endlager sind sicher? So sicher, wie Transrapid, Titanic und ICE... Die "Experten" erzählen was sie wollen und nicht was wissenschaftlich belegbar ist.

Francis Althoff



# Strahlende Luftfracht

## Deutschland und Russland - Brüder im Atom-Geschäft?

**Kurz vor Weihnachten wurden 300 Kilo Uran mit dem Flugzeug von Dresden nach Russland transportiert. Es war Kernbrennstoff aus der ehemaligen Sowjetunion. Die atomare Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Russland wird immer enger – auch bei der Verschrottung der rostigen Armada ausgemusterter Atom-U.Boote arbeiten beide Länder zusammen.**

Deutschland und Russland - Brüder im Atom-Geschäft? Vieles deutet darauf hin. Kurz vor Weihnachten wurden vom Flughafen Dresden 200 Kilogramm hoch angereichertes und 100 Kilogramm schwach angereichertes Uran nach Russland ausgeflogen. Sie stammen aus dem Forschungsreaktor Rossendorf. Am 18. Dezember traf das Material im Rosatom-Zwischenlager Podolsk, 40 Kilometer

ser Zeit wurde Uran-Brennstoff, den man aus der Sowjetunion bezog, zu Forschungszwecken bestrahlt. Nach monatelangem juristischem Streit wurden im letzten Jahr bereits 18 Castoren mit insgesamt 951 Brennstäben in das Zwischenlager Ahaus gebracht.

Das sächsische Wirtschaftsministerium verspricht sich von der Rückführung des Urans nach Russland die Einstufung der Anlage in Rossendorf in eine niedrigere Sicherheitskategorie. Zur Zeit gibt das Bundesland für die Bewachung des radioaktiven Materials pro Monat 92.000 Euro aus. Nach der Rückführung verbleiben in Rossendorf 4,5 Tonnen Uran in natürlicher Zusammensetzung, eine kleinere Menge abgereicherten Urans sowie 9,7 Gramm Plutonium.

Für die russische Regierung ist der Transport aus



südlich von Moskau ein. Der Transporttermin wurde aus Sicherheitsgründen geheimgehalten.

Das Bundesamt für Strahlenschutz in Salzgitter erklärte, dass selbst bei einem Flugzeugabsturz das zu transportierende Inventar nicht kritisch werden würde und der erforderliche Schutz der Bevölkerung gegenüber radiologischen Auswirkungen gegeben sei. Wie das Amt außerdem mitteilte, wurden zwischen 1990 und 2005 bereits sieben Flüge mit hochangereichertem Uran an Bord genehmigt. Dabei ging es meist um den Transport von nuklearem Material in deutsche Forschungszentren.

Das schwach radioaktive Material aus Rossendorf – dabei handelt es sich um Brennstäbe und so genannte Pellets - wurde in 18 Spezialbehältern zum Dresdner Flughafen gebracht. Von dort hat es eine russische Transportmaschine nach Russland ausgeflogen. Der Transport kostete eine Million Euro.

Wladimir Slivjak von der russischen Umweltschutzorganisation Ecodefense kritisiert den Transport. Die Operation sei „sehr teuer“. Außerdem könne man nicht ausschließen, dass das Material in die Hände von Terroristen kommt. Auch der Absturz eines solchen Flugzeugs könne ja nicht ausgeschlossen werden. „Dann würde ein großes Territorium verseucht. Viele Menschen müssten evakuiert werden“, befürchtet Slivjak im Gegensatz zum Bundesamt für Strahlenschutz. Er meint, man solle das Uran lieber in Deutschland lassen, wo die Sicherheit in Atomanlagen „besser gewährleistet ist als in Russland.“

### **Russland ist an atomarer Zusammenarbeit mit Deutschland sehr interessiert**

Der Forschungsreaktor Rossendorf wurde 1957 in Betrieb genommen und 1991 abgeschaltet. Während die-

Dresden unproblematisch. Russland, welches in den nächsten 30 Jahren 40 neue Atomkraftwerke bauen will, ist an der Zusammenarbeit mit Deutschland auf atomarem Gebiet sehr interessiert. Nach Angaben der russischen Umweltschutzorganisation Ecodefense werden jährlich 3.000 bis 4.000 Tonnen Uranhexafluorid aus Deutschland per Schiff und Bahn nach Russland gebracht. Drei- bis viermal jährlichen rollen die Züge mit jeweils 100 Waggons zu sibirischen Chemiekombinaten. Zielorte sind die Städte Angarsk, Nowouralsk und Sewersk.

Aus Sorge vor den wachsenden Halden mit radioaktiven Abfällen und einer Verseuchung des Baikalsees – er liegt nur 100 km von Chemiekombinat Angarsk entfernt - demonstrierten Anfang Dezember 250 Umweltschützer in der Baikal-Stadt Irkutsk gegen die Atom-Importe aus Deutschland und die Pläne der russischen Regierung, das Chemiekombinat von Angarsk zur internationalen Uran-Anreicherungsfabrik auszubauen.

### **„Wertstoff“ oder Atommüll?**

Das nach Russland gelieferte Uranhexafluorid stammt aus einer Anreicherungsanlage im westfälischen Gronau, wo es als Arbeitsmedium bei der Anreicherung eingesetzt wird. Wie der Umweltschützer Wladimir Slivjak erklärte, werden von dem in Angarsk angelieferten Uranhexafluorids nur zehn Prozent als angereichertes Uran wieder zurück nach Deutschland geschickt. Der Rest wird in Angarsk gelagert. Russland – so der Umweltschützer – bekomme für die Lagerung keinen Cent.

Uranhexafluorid ist nach Angaben der Urenco, dem Betreiber der Anreicherungsanlage in Gronau, nur schwach radioaktiv. Nach Meinung des Unternehmens handelt es sich bei dem Material nicht um atomaren Abfall, sondern um einen „Wertstoff“. Deutsche und russische Umweltschützer meinen, mit dieser Klassifizierung umge-

tonnenschwere Last der Behälter als nicht mehr tragfähig erwies. – Im März 2001 wurden die Transporte wieder aufgenommen, jetzt übernahm Rot-Grün das Kommando. Im November folgte im Schatten des 11. September ein weiterer Transport. Die Kosten für die Bewachung sind immer noch ein Ärgernis, so dass seit November 2002 immer 12 Behälter angeliefert werden. Auf 420 Stellplätzen verlieren sich noch die 80 Castoren. Aber jeder Behälter, der in der zugehörigen Halle steht, zementiert Gorleben als Endlagerstandort.

### **Pilotkonditionierungsanlage (PKA)**

In der PKA soll getestet werden, wie hochaktiver Müll endlagerfähig verpackt werden kann. Da ein Endlager in Gorleben jedoch fraglich ist und eine entsprechende Konditionierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt wenig Sinn macht, soll die 800 Mio. DM teure Investitionsruine einem anderen Zweck zugeführt werden: als heiße Reparaturzelle für kaputte Castoren. Die 3. Teilgenehmigung für die umfunktionierte PKA ist Anfang Dezember 2000 erfolgt. Damit verzögerte sich deren Inbetriebnahme bereits um 5 Jahre. Für den Widerstand war das grüne Licht für die PKA jedoch der Elchtest für den Ausstiegswillen von Rot-Grün: Der heiße Betrieb wurde jedoch noch nicht aufgenommen.

### **Endlagerbergwerk**

Die Eignung des Gorlebener Salzstocks, der ab dem Jahr 2030 als Endlager für alle Arten von Atommüll dienen soll, wird seit Jahren von namhaften Geologen bestritten: 1987 krachte ein Schacht beinahe in sich zusammen, permanente Wassereinträge beim Abteufen begleiteten den Ausbau des Endlagers, der getarnt als „Erkundungsbergwerk“ bisher nach Bergrecht und unter Ausschluss der Öffentlichkeit vorangetrieben wurde. Lediglich der in seinen Salzrechten tangierte Atomkraftgegner Andreas Graf von Bernstorff konnte von seinem Klagericht Gebrauch machen. Inzwischen ist mit der Salinas Salz GmbH ein wirtschaftlich ernstzunehmender Gegenspieler für die Endlagerbauer auf dem Plan. Schwarz-Rot will offenbar keinen Abbruch des Projekts: Das Moratorium auf der Baustelle, das seit Oktober 2000 zur Unterbrechung der Bauarbeiten führte, wird nicht mit den planerischen Mängeln und den katastrophalen geologischen Befunden begründet. So ist zu befürchten, dass die Gorleben-Karte bei einer weiteren Endlagersuche wieder untergemischt wird.

he das Unternehmen das russische Importverbot für Atommüll.

### „Tschernobyl des Nordens“

Während Umweltschützer am Baikalsee gegen Uran-Importe aus Deutschland protestierten, lobten die Ökologen im nordrussischen Murmansk die deutsche Hilfe bei der Entsorgung von ausgemusterten Atom-U-Booten. Im Juli dieses Jahres wurde in der Sajda-Bucht unter Beisein von Bundeswirtschaftsminister Michael Glos der erste vollständig von Deutschland finanzierte Bauabschnitt einer Langzeit-Lagerstätte für die Reaktoreinheiten von 120 ausgemusterten Atom-U-Booten eingeweiht. Auf einem bewachten Platz werden die bis zu zehn Meter hohen Reaktoren - ohne Brennstäbe - und andere strahlenden Überreste der Atom-U-Boote gelagert. Der Aufbau der Entsorgungs-

Infrastruktur von der Werft bis zum Reaktor-Lagerplatz wurde von Deutschland mit 300 Millionen Dollar unterstützt. Die Sajda-Bucht, 60 Kilometer nördlich von Murmansk, gilt als größte Atommüllhalde der Welt, als „Tschernobyl des Nordens“. Dort rosten zahlreiche atomgetriebene Eisbrecher, Kriegsschiffe, U-Boote und ausgeschlachtete Reaktoren vor sich hin.

### Umweltschützer befürchten Veruntreuung

Insgesamt 197 atomgetriebene U-Boote hat Russland bisher außer Dienst gestellt, 145 Atom-U-Boote wurden bisher entsorgt. Die Brennstäbe werden in das zentralrussische Atomzentrum Majak gebracht, die U-Boote zerlegt. Von offizieller russischer Seite rechnet man damit, dass pro Jahr zehn bis zwanzig U-Boote entsorgt werden können. Sergej Schawaronki von der Umweltschutzorganisation Bellona

erklärte, die Entsorgung der radioaktiven Altlasten in der Sajda-Bucht werde noch über zehn Jahre dauern. Außer den U-Booten müssten noch 50 Schiffe entsorgt werden, welche die U-Boote mit radioaktivem Brennstoff versorgt hatten. Außerdem müsse man die radioaktiv verseuchten Häfen ebenfalls reinigen.

Was die Verwendung der ausländischen Hilfe betrifft, gibt es ebenfalls skeptische Stimmen. Der bekannte Umweltschützer Aleksandr Nikitin bemängelt, dass man keinen Einblick in die Unterlagen habe. Er befürchtet, dass ein Teil der Gelder aus Deutschland von russischen Beamten unterschlagen wird.

Von Ulrich Heyden  
EM 12-06 · 28.12.2006

# Atomtransport auf dem Weg zum Flughafen gestoppt

## Heimlicher Atomtransport von Dresden nach Moskau aufgehalten

**AktivistInnen vom Antiatombündnis Sachsen und aus dem Wendland blockierten am frühen Morgen des 18.12.06 den per Flugzeug vorgesehenen Atomtransport vom Kernforschungszentrum Dresden - Rossendorf nach Moskau.**

25 Teilnehmern gelang es mit Fahrzeugen in Radeberg auf die Transportstrecke zu kommen und den umstrittenen Transport von Brennelementen und Brennstäben auf dem Weg zum Flughafen zu stoppen. Der Transport wurde nach zehnmütigem Stillstand an der Blockadestelle über eine Ausweichstrecke durch ein Wohngebiet vorbei geführt. Die Aktivistinnen demonstrierten mit der Aktion gegen den riskanten Lufttransport, der ein unkalkulierbares Risiko für Mensch und Umwelt birgt. Das Antiatombündnis Sachsen fordert einen sofortigen Atomausstieg und die Stilllegung aller Atomanlagen.

Hintergrund: Die von der Bahn wegen Imageproblemen vor dem Börsengang zum Verkauf

angebotene Transportfirma Nuclear Cargo Service hatte die radioaktive Luftfracht am 17. Oktober beim Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) beantragt. Das BfS genehmigte den Transport zum Scientific Research Institute Podolsk bei Moskau bis Juli 2007. Trotzdem behauptete der Sprecher der Rossendorfer Atomanlage, Udo Helwig, es sei Eile geboten, denn Ende dieses Jahres laufe ein Rückführungsvertrag aus. Der Flugtransport müsse wegen internationaler Verträge schnell noch in diesem Jahr abgewickelt werden. Laut Helwig werden innerhalb dieses internationalen Abkommens radioaktive Hinterlassenschaften aus der Zeit des Kalten Krieges in ihre Ursprungsländer zurückgebracht.

Gegen den Transport der von über 400 Polizisten begleiteten 18 Spezial-Behälter mit 200 Kilogramm hoch und 100 Kilogramm niedrig angereichertem Uran hatten Umweltinitiativen und Politiker im Vorfeld Sicherheitsbedenken geäußert. Nach Angaben des BFS sind seit 2003

in Deutschland bereits mehrere Atommülltransporte mit Uran auf dem Luftweg erfolgt.

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz hatte zusammen mit der BI Umweltschutz Lüchow Dannenberg und der BI Kein Atommüll in Ahaus Bundeskanzlerin Merkel in einem offenen Brief aufgefordert, den Transport per Flugzeug zu stoppen.

Die Initiativen fragen in dem Brief an Merkel auch: „Wird die Bundesregierung von anderen Staaten darüber informiert, sofern Transitflüge mit radioaktivem Material das Bundesgebiet (ohne Landung) überfliegen sollen? Wer ist für den Katastrophenschutz während derartiger Transitflüge über Bundesgebiet zuständig? Hat die Bundesregierung bis zum 15.12.2006 jemals gegen das Überfliegen des Bundesgebietes von Flugzeugen mit radioaktivem Inventar bei anderen Regierungen protestiert?“

**Falls nein: warum nicht“?**

Francis Althoff

## Atomkraft ist Krieg, ist Krieg nach außen

Wenn man abschrecken will, sind Atombomben das passende Drohpotenzial, denn alle haben Angst vor einer Verseuchung. Doch Atomkraft ist auch Krieg im Inneren. Demonstranten und ganze Dörfer werden eingekesselt. Schlagstöcke, Wasserwerfer und Tränengas sollen den Widerstand brechen.

### 30 Jahre Widerstand!!!

Doch dies ist Ihnen nicht gelungen. Geht raus, zeigt Ihnen, dass ihr dagegen seid. Zeigt, dass ihr gegen Atomkraft, gegen Verseuchung und gegen Krieg seid. Kämpft für euer Recht auf Lebendigkeit. Denn die, die es nicht tun sind unsichtbar. Die, die schweigen stimmen dem Geschäft mit dem Tod zu.

Dies ist der Text der auf dem Benefiz-Soli-Sampler zu finden ist. Unter dem Titel „Let's Rock Them Hard“ wird er Ende Januar 2007 erscheinen. Der Preis von 10 Euro soll zur Finanzierung des Widerstandes eingesetzt werden. Zu erhalten (bzw. zu bestellen) im Büro der Bürgerinitiative.

Auf dem Sampler werden ca. 17 Titel sein u.a. von Milch & Blut, Die Schnitter, YOK, Klaus der Geiger, Ton Steine Scherben, Die Toten Hosen, Station 17, Madsen, Conexion Musical, Doukalli, Die Goldenen Zitronen, Lex Barker Experience, Microphone Mafia, Herbst in Peking,



# Urantransporte-Widerstand wird international

Es war keine schöne Woche für die Urenco

**Eigentlich war die Anti-Atom-Welt doch mit dem anstehenden Castor-Transport nach Gorleben beschäftigt, da blockierten am 6. November russische und deutsche AtomkraftgegnerInnen die Zufahrt zur bundesweit einzigen Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau.**

Zwei Tage später wiederholte sich das Bild mit Unterstützung niederländischer UmweltschützerInnen vor dem Tor der UAA Almelo, 35 km westlich von Gronau in den Niederlanden. Gleich am nächsten Tag stellten Mitglieder der russischen Umweltorganisation „Ecodefense!“ aus Ekaterinburg (Atomfabrik Novouralsk), Tomsk (Atomfabrik Seversk) und Moskau bei der Staatsanwaltschaft Münster Strafanzeige gegen die Urenco Deutschland GmbH „und unbekannt“ wegen des „Verdachts auf illegalen Atom-müllexport nach Russland“. Die Lokalzeitung in Gronau zitierte AtomkraftgegnerInnen mit den Worten, der größte Gronauer Steuerzahler „nutze die poststalinistischen Strukturen in den „geschlossenen Atomstädten“ Sibiriens aus, um auf Kosten der russischen Bevölkerung seinen Atom-müll unter dem Deckmantel der Verschwiegenheit bequem loszuwerden.“

Derart massiv ist die Urenco schon seit vielen Jahren nicht mehr angegangen worden. Dementsprechend breit fiel das Medienecho aus. Gerade die Strafanzeige brachte die Urenco (in Deutschland sind RWE und E.ON zu gleichen Teilen die Aktionäre) zum ersten Mal selbst auf die Anklagebank.

Doch es sollte noch schlimmer kommen, denn Anfang Dezember stellte auch die sibirische Umweltorganisation Baikal Environmental Wave Strafanzeige gegen die Urenco, weil die Urenco ihren Uranmüll auch zur Atomfabrik Angarsk bei Irkutsk am Baikalsee transportiert. Am 3. Dezember demonstrierten dort bei  $-20^{\circ}\text{C}$  Kälte 250 Menschen gegen die Atomfabrik und den illegalen Atom-müllimport. Selbst die Atomfachzeitschrift Nuclear Fuel berichtet inzwischen breit über das Vorgehen von „Ecodefense!“ gegen die Urenco.

## Protest vor deutscher Botschaft in Moskau

Damit erreichten die Aktivitäten gegen den Export von Uranmüll aus Gronau ihren vorläufigen Höhepunkt. Hintergrund ist ein Abkommen der trinationalen Urenco-Holding (GB/NL/D) aus den 90er Jahren mit der staatlichen russischen Atomfirma Tenex zur Wiederaufbereitung von abgereichertem Uran (DU), das als Abfall bei der Urananreicherung massenhaft anfällt (ca. 1,5 Tonnen pro Tonne Trennarbeit). Auch Frankreich

nutzt den bequemen Entsorgungsweg, denn der Clou bei dem Deal ist, dass der russische Staat neuer Eigentümer des Uranmülls wird.

Nur zwischen 2 und 10% des gelieferten DU kommen nach Gronau und Westeuropa zurück. Der Rest wird (genau wie übrigens in Gronau) in Russland auf der freien Wiese gelagert. Die Urenco kann nicht einmal sagen, ob das zurückgelieferte wiederangereicherte Uran tatsächlich aus den eigenen Lieferungen stammt. Nach unterschiedlichen Infoquellen wird etwa die Hälfte des abgereicherten Urans in Russland überhaupt nicht verarbeitet, sondern gleich als Abfall gelagert, während die andere Hälfte auch zur Abreicherung von waffenfähigem hochangereichertem Uran verwendet wird. Laut Nuclear Fuel vom Sommer 2006 kamen 2005 nur rund 500 t wiederangereichertes Uran in die EU zurück, Tendenz fallend (2003: 1200 t). Dem stehen in den vergangenen 10 Jahren Exporte von rund 100 000 t DU aus Westeuropa gegenüber, allein aus Gronau rund 20 000 t!

Peter Diehl von WISE schätzt, dass die Urenco allein 2004 durch die Differenz zwischen dem Preis für die „Wiederanreicherung“ und den möglichen Entsorgungskosten in Gorleben rund

Oktober eine erfolgreiche und medienwirksame russisch-deutsche Aktion vor der deutschen Botschaft in Moskau statt (s. [www.sofa-ms.de](http://www.sofa-ms.de)). Hintergrund: Die Bundesregierung hat in den 90er Jahren durch eine zwischenstaatliche Vereinbarung mit Russland überhaupt erst die Tür für den illegalen Atom-müllexport geöffnet.

## Urantransporte aus Pierrelatte aufgedeckt

Als wäre das Alles nicht genug Wirbel für die Urenco, gelang es durch eine deutsch-französische Zusammenarbeit am 15./16. November einen Urantransport aus Pierrelatte nach Gronau aufzudecken und bis zur UAA zu verfolgen. Die Bahnstrecke verläuft in Deutschland über Trier-Koblenz-Bonn-Köln-Düsseldorf-Duisburg-Oberhausen-Recklinghausen-Lünen-Hamm-Lünen-Ahaus nach Gronau. Die UAA wird aus Pierrelatte mit Natururan beliefert. Bereits am 6./7. Dezember wurde der nächste Urantransport entdeckt. Es kam in beiden Fällen zu spontanen Protesten und die regionalen Medien berichteten z.T. sehr ausführlich über das bisher unbekannte Thema.

Durch zahlreiche Anfragen an Stadträte und Bürgermeister ist es zudem gelungen, immer mehr Städte mit den Urantransporten zu konfrontieren. So hat die Stadt Lünen als erste Stadt offiziell zugegeben, sich aufgrund der Medienberichte von der Bundespolizei über Urantransporte vorab informieren zu lassen. Bisher haben sich alle Städte immer hinter faden Ausreden versteckt.

Die erfolgreichen Uranproteste haben den Widerstand in der Region und darüber hinaus deutlich belebt. Mittlerweile haben sich Initiativen und Einzelpersonen aus rund 20 Orten

entlang der Bahnstrecke in die Proteste eingeklinkt, die 2007 deutlich ausgeweitet werden sollen. Dazu wird im Februar in Trier ein deutsch-französisches Urantransportetreffen stattfinden. Auch der Widerstand gegen den Uranmüllexport nach Russland wird 2007 intensiviert werden, damit die Urenco noch stärkeren Gegenwind bekommt. Jedwede Unterstützung aus anderen Regionen ist dabei sehr willkommen.

**Weitere Infos und Berichte zu den Aktionen gegen die Urantransporte unter:**

[www.urantransport.de](http://www.urantransport.de),  
[www.sofa-ms.de](http://www.sofa-ms.de)  
[www.mega-waltrop.de](http://www.mega-waltrop.de)



200 Millionen Euro gespart hat. Es geht also um sehr viel Geld. Die offizielle Deklaration als „Wertstoff“ ist dabei der im wieder von der Urenco zitierte Türöffner, um das Verbot der Endlagerung von deutschem Atom-müll im Ausland zu umgehen. Aber es gibt keine Rücknahmeverpflichtung von Urenco-Seite, da das Uran bei der Ankunft in Russland ja sofort in russisches Eigentum übergeht.

Seit 2004 gibt es im Münsterland, im südwestlichen Niedersachsen und in den Niederlanden immer wieder Proteste gegen die „Monster-Uranzüge“ (bis zu 19 Waggons), die zuerst nach Rotterdam und weiter per Schiff nach St. Petersburg fahren und danach per Bahn zum Ural und nach Sibirien rollen. Um die Beteiligung der deutschen Regierung an dem perfiden Uranmüll-Deal deutlich zu machen, fand am 12.

# Neuer Atommüll nach Ahaus - neuer Widerstand

## Neue Anträge zur Einlagerung bereits gestellt

**Nach 15 Betriebsjahren ist das Brennelemente-Zwischenlager in Ahaus noch zu 90% leer. Auch der Bau einer zweiten Lagerhalle für den nicht-wärmeentwickelnden Atommüll aus La Hague konnte verhindert werden und selbst die Betreiberfirma BZA sagt, dass nach derzeitigem Genehmigungsstand „allenfalls noch in geringem Umfang“ Brennelemente aus Forschungsreaktoren zu erwarten seien. Diese positive Situation ist dem entschiedenen Widerstand der Anti-Atom-Bewegung zu verdanken.**

So weit, so gut. Doch die Atomindustrie (in diesem Fall hauptsächlich RWE und E.ON) will die Ahauser Leichtbauhalle auf alle Fälle bis unter die Decke mit Atommüll füllen. Deshalb hat die BZA im Oktober 2006 bei der Bezirksregierung Münster und beim Bundesamt für Strahlenschutz zwei Anträge auf neue Einlagerungen von Atommüll gestellt.

Im Mittelpunkt stehen dabei zum einen 270 „Großbehälter“ mit Atommüll aus der Wiederaufbereitung in La Hague, zum anderen eine vorerst auf 10 Jahre begrenzte Lagerung von „schwach- und mittlerradioaktiven Abfällen aus dem Betrieb und der Stilllegung deutscher Kernkraftwerke“. BZA-Begründung: Solange die Bundesregierung ihrer Verpflichtung zur Errichtung von Endlagerstätten nicht nachkommt, müsse der Atommüll ja irgendwo hin.

Vor allem letzter Punkt lässt aufhorchen, weil sich die BZA, das BfS und die NRW-Landesregierung bisher beharrlich weigern, das/die AKW(s) zu benennen, aus dem Atommüll

nach Ahaus gebracht werden soll. Erste Hinweise deuten aber speziell auf das 1995 stillgelegte AKW Würgassen als Wunschkandidaten. Offensichtlich will man sich zudem die Einlagerung aus anderen – sogar laufenden – AKWs offen halten. Das „Konzept“ der dezentralen Zwischenlagerung wird damit auch offiziell wieder aufgegeben. Leere Hallen wecken eben große Begehrlichkeiten.

Da auch die Inbetriebnahme von Schacht Konrad – zu Recht – noch in den Sternen steht, ist die jetzt beantragte Genehmigungsfristung auf 10 Jahre nur eine weitere Beruhigungsspielle. Warum soll der Atommüll überhaupt für einen derzeit kurzen Zeitraum rumgefahren werden? Anscheinend soll hier ein publikumswirksamer Türöffner gefunden werden, um später noch ganz anderen Atommüll nach Ahaus zu bringen und dann viel länger zu lagern.

### 3. Februar: Demo in Münster

Auch ein zweiter Punkt ist typisch für das verantwortungslose Handeln der Atomindustrie und der Genehmigungsbehörden. Als in den 90er Jahren der Bau der zweiten Lagerhalle für den Atommüll aus La Hague beantragt wurde, sollte diese Halle aus Sicherheitsgründen wesentlich stärkere Wände bekommen und auch halb im Boden versenkt sein. Die Genehmigung gab die BZA nach der Entscheidung für die dezentrale Zwischenlagerung wieder zurück. Und nun: Von verstärkten Sicherheitsmaßnahmen ist keine Rede mehr. Derselbe Atommüll soll in der bekannt problemfälligen Halle neben dem

Atommüll aus Hamm und Dresden-Rosendorf gestapelt werden. So versucht man natürlich, eine Öffentlichkeitsbeteiligung zu umgehen.

Dagegen formiert sich nun Widerstand. Schon 1998 und 2004/5 wurde deutlich, dass Atomtransporte nach Ahaus kein Zuckerschlecken für die Atomindustrie sind. Deshalb wollen die Anti-Atom-Initiativen nun bereits gegen das Genehmigungsverfahren mobil machen. Ahaus ist zu einem Symbol für den ungebrochenen Widerstandswillen im Münsterland geworden – dabei soll es bleiben.

Die BI „Kein Atommüll in Ahaus“ und viele weitere Anti-Atom-Initiativen rufen deshalb für Samstag, 3. Februar, zu einer Demonstration vor der Bezirksregierung in Münster auf, wo die Genehmigungsanträge derzeit liegen. Die BI Ahaus wird ab 10 Uhr mit einem ebenfalls als Demonstration angemeldeten Autokorso von Ahaus durch das Westmünsterland nach Münster kommen. Geplant sind kurze Zwischenkundgebungen in den Ortschaften an der Route. Im Ruhrgebiet soll ein zweiter Autokorso Richtung Münster starten. Dort steht das Thema Urantransporte im Vordergrund (s. Text in dieser Ausgabe). Bei der Demo wird es auch um die Themen Kriminalisierung und Auflösung der Atomkonzerne gehen.

Den Demo-Aufruf und weitere Informationen gibt es auf den Webseiten:

[www.bi-ahaus.de](http://www.bi-ahaus.de),  
[www.sofa-ms.de](http://www.sofa-ms.de),  
[www.mega-waltrop.de](http://www.mega-waltrop.de)  
oder auf Anfrage bei [sofa-ms@web.de](mailto:sofa-ms@web.de).  
**Auf nach Münster !!**

## Anti-Atom-Demo in Münster

### Kein neuer Atommüll nach Ahaus - Stoppt die Atomindustrie!

**Im Oktober 2006 beantragten die Betreiber des Atommüll-Zwischenlagers Ahaus bei der Bezirksregierung in Münster und beim Bundesamt für Strahlenschutz die Einlagerungsgenehmigung für stark verstrahlte radioaktive Abfälle aus der Plutoniumfabrik La Hague sowie für Abfälle aus dem „Betrieb und der Stilllegung deutscher AKW“.**

Das würde in den nächsten Jahren mehrere Hundert Atommülltransporte in die Ahauser Leichtbauhalle bedeuten. Ahaus könnte zum Endlager werden, weil es weltweit noch kein sicheres Endlager gibt und nach menschlichem Ermessen auch nie geben wird. Warum dann neue Atommülltransporte? Weil das Zwischenlager durch den erfolgreichen Widerstand der Anti-Atomkraft-Bewegung auch nach 15 Jahren Betrieb noch zu 90% leer steht. Damit das so bleibt, gehen wir gegen die Genehmigungspläne in Münster vor der Bezirksregierung auf die Straße.

**Urantransporte stoppen –  
Urananreicherungsanlage Gronau  
stilllegen**

Die bundesweit einzige Urananreicherungsanlage in Gronau wird u. a. durch Urantransporte aus Frankreich versorgt. Sie rollen alle zwei bis drei Wochen durch das Rheinland, das Ruhrgebiet und das westliche Münsterland nach Gronau. Das abgereicherte Uran wird als Atommüll per Bahn über Münster und per Schiff von Rotterdam nach Russland „entsorgt“, wo er „bequem“ auf der Wiese endgelagert wird. Weitere atomare Abfälle aus Gronau wurden bereits in das Fasslager in Gorleben transportiert. Wenige Kilometer weiter steht im niederländischen Almelo eine weitere Urananreicherungsanlage. Die Urananreicherung ist nur durch den Uranabbau in Australien, Afrika und Nordamerika möglich und dient allein dem Bau von Atomwaffen und dem Weiterbetrieb von Atomkraftwerken. In Deutschland verdienen RWE und E.ON an der Urananreicherung.

### Keine Kriminalisierung von AtomkraftgegnerInnen

Immer wieder werden AtomkraftgegnerInnen von der Polizei im Münsterland und anderswo

kriminalisiert. Das ist alltäglicher Teil der Atompolitik. Zentrale Rollen bei der Kriminalisierung von UmweltschützerInnen spielen im Münsterland das Polizeipräsidium in Münster, der dortige Staatsschutz sowie die Staatsanwaltschaft Münster. Auf die Anklagebank gehören aber nicht die Menschen, die sich gegen die Atomanlagen wehren, sondern die Atomindustrie und die PolitikerInnen, welche die Genehmigungen bzw. politische Zustimmungen für die menschenverachtenden Atomprojekte erteilen.

### Auflösung der Atomkonzerne

In Deutschland bestimmen die vier großen Konzerne RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW das Geschehen auf dem Strommarkt.

Innen gehören die Atomkraftwerke, die Urananreicherungsanlage Gronau, das Zwischenlager Ahaus und das Atomkraftwerk Lingen im benachbarten Emsland. Ohne eine Zerschlagung der großen Strommonopolisten wird es keine Energiewende geben. Auch in Münster gibt es eine große RWE-Niederlassung.

**Sofortiger Atomausstieg -  
Energiewende jetzt  
Die Atomenergie löst kein einziges Zu-  
kunftsproblem – sie ist das Problem!**

Schon der Normalbetrieb der Atomanlagen und jeder einzelne Atomtransport gefährden die Umwelt und die Bevölkerung; große Reaktorkatastrophen und Unfälle mit Atomtransporten sind jederzeit möglich. Deshalb fordern wir den sofortigen Atomausstieg. Nur Erneuerbare Energien garantieren eine nachhaltige und klimafreundliche Energiewende.

**Weitere Infos:**

www.bi-ahaus.de,  
www.aktionsbuendnis-muensterland.de,  
www.sofa-ms.de,  
www.mega-waltrop.de, www.thtr-a.de

**Auftakt der Demo:**

13 Uhr Prinzipalmarkt Münster (Kundgebung, anschließend Demo durch die Innenstadt an der Bezirksregierung vorbei)

**Anfahrts-Demos:**

- Ahaus/westliches Münsterland: 10 Uhr Demo-Autokorso ab Ahaus-Bahnhof (mit Stopps in Heek, Schöppingen, Horstmar, Laer und Altenberge)

- Ruhrgebiet: Aus dem Ruhrgebiet wird ein zweiter Autokorso nach Münster geplant (Infos folgen auf den obigen Webseiten).

**Widerstand kostet Geld!**

**Deshalb sind Spenden dringend erwünscht:**

**BI „Kein Atommüll in Ahaus“,  
Stichwort „Münster-Demo“,  
Konto 59 564 021, BLZ 401 545 30,  
Sparkasse Westmünsterland**



# Fest zum 30 jährigen Bestehen der BI Umweltschutz Lüchow Dannenberg

**Am 24. Februar in Breeselenz, Gasthof Lühr, ab 16 Uhr und in  
Neu-Tramm, Raum 2, ab 20 Uhr wird gefeiert!!!**

Vor 30 Jahren, am 22. Februar 1977, benannte Niedersachsens damaliger Ministerpräsident Ernst Albrecht den Wald hinter Gorleben zum Standort für ein „Nukleares Entsorgungszentrum“. Auf sage und schreibe 16 Quadratkilometern sollten eine Wiederaufarbeitungsanlage, eine Brennelementefabrik, ein End-, ein Eingangs- und mehrere Zwischenlager errichtet werden.

Salzformationen gibt es allerdings auch anderswo. Sie hätten sich nach Ansicht vieler Geologen sogar besser als Lagerstätte für strahlende Abfälle geeignet. Der Hamburger Geologe

Professor Eckard Grimmel erklärte: „Der Salzstock ist nicht durch eine hinreichend mächtige und lückenlose Tondecke von den Wasser führenden Schichten abgeschirmt. Der Salzstock hat durch Salzauflösung bereits einen großen Teil seiner Substanz verloren und wird noch weiter abgelaugt.“ Grimmels Kollege Professor Klaus Duphorn aus Kiel stufte die Sicherheit Gorlebens seinerzeit „im letzten Drittel“ der deutschen Salzstöcke ein.

Nein, den Ausschlag für Albrechts mit der Bundesregierung und den Atomkraftwerksbe-

treibern abgestimmte Entscheidung gaben andere Gründe. Im strukturschwachen, dünn besiedelten Wendland, so das Kalkül, würden die Leute schon nichts gegen die geplanten Fabriken haben, und gegen die vielen versprochenen Arbeitsplätze erst recht nicht.

Mehr als je zuvor ist Gorleben in den vergangenen Jahren zum Symbol und Kristallisationspunkt des Anti-Atom-Protestes in Deutschland geworden. Die Castortransporte haben sich zu einem politischen Dauerkonflikt entwickelt, der Staat fährt sein ganzes Macht-Potenzial auf, um die Atommüllfuhren durchzusetzen. Die teuersten und aufwendigsten Polizeieinsätze ganz Deutschlands gelten dem Geleitschutz für die strahlenden Mülltonnen.

Wer mit dem Auto, mit dem Fahrrad oder mit dem letzten noch verkehrenden Zug durch das Wendland fährt, staunt über die vielen Transparente an Häusern und Höfen. Transparente mit Anti-Atom-Parolen und der lachenden Sonne. In vielen Dörfern haben die Leute gelbe Latten zu einem „X“ zusammengenagelt und in Vorgärten, an Stalltüren oder einfach am Wegesrand aufgestellt. Das gelbe „X“ wirkt wie ein Zeichen der Verschworenheit. „X“ steht für „Nix“ – nix Atomkraft, nix Castortransporte, wir woll'n den Schiet nicht haben.

## Grund genug zu Feiern.

Am 24. Februar 2007 im Gasthaus Lühr in Breeselenz ab 15 Uhr : Kaffee und Kuchen, Klönschnack, Live-Musik, Ausstellung und vieles mehr.

Im Raum 2 in Neu-Tramm ab 20 Uhr. : Feuershow, pol. Entertainment mit Trampert/Ebermann, evt. Live Acts (Hip Hopp u. Klaus der Geiger), danach heizen Zaunkönig aus dem Münsterland ein (spielten auf der Auftaktkundgebung in Gorleben) und danach aus der Dose aufgelegt von Amadeus. Eintritt 3 bzw. 5 Euro plus Xspende



**30 JAHRE SCHWERE KOST**

**Januar**

19.-21.1., Tagung „Energiesicherheit in und für Europa“ Ev.Akademie Loccum  
www.loccum.de  
19.1.-28.1.07 Internationale Grüne Woche in Berlin  
20.-21.1.07 Strategiekonferenz „Öffentlichkeit und Friedensbewegung –  
zwischen Widerstand und Public Relation“, www.koop-frieden.de  
22.1., 19 Uhr, Umweltpreisverleihung Foyer Turn- und Festhalle Wyhl  
23.-25.1., Kompetenztraining für Energieprojekttage an Schulen  
www.bundjugend-berlin.de  
26.1.-28.1.07, Anti-Atom-Winterkonferenz in Berlin

**Februar**

3.2., 13 Uhr, Demo in Münster, www.bi-ahaus.de, www.sofa-ms.de  
3./4.2., 13.30 Uhr MV Réseau in Straßburg  
7.-8.2.07, Wintertagung 2007 Deutsches Atomforum in Berlin  
22.2., 30 Jahre BI  
24.2., Fest „30 Jahre BI“

**März und später**

17.3.07, jeweils 14 Uhr, dezentrale Demos in Frankreich gegen EPR in  
Rennes, Lille, Strassbourg, Lyon, Toulouse  
22./23.3., Fahrt nach Brüssel  
23.3., 10 Uhr, Protestkundgebung/Aktion am Atonium  
25.3.07, 50 Jahre EURATOM  
26.4., 21. Tschernobyl-Jahrestag  
17.-28.5.07, Kulturelle Land Partie  
26./27.5.07, Internationales Pflingstjugendtreffen in Gelsenkirchen  
2.6.-8.6.07, Gipfeltage, www.g8-germany.de  
6.6.-8.6.07, G8 Gipfel in Heiligendamm, Hotel Kempinski  
6.-10.6.07, Deutscher Ev. Kirchentag in Köln www.kirchentag.de  
28.6.-1.7.07, „Fusion“ in Kyritz an der Müritz

**Wiederkehrende monatliche Termine**

Jeden Sonntag 14:00 Uhr, Gorlebener Gebet  
Jeden 1. Sonntag 14:00 Uhr, Gronau www.aku-gronau.de  
Jeden 3. Sonntag 14:00 Uhr, Sonntagsspaziergänge am Zwischenlager, BI-Ahaus  
Jeden 6. eines Monats ab 14.00 Uhr, Am Tor des AKW Brokdorf Mahnwache

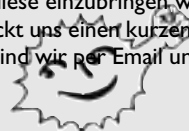
**Heraus zur Frühjahrskonferenz der Anti-Atom-Bewegung nach Berlin**

**Das Jahr wird heiß! Tanz auf dem Vulkan, erst in Heiligendamm, dann im Wendland!**

Einladung an die Anti-Atom-Bewegung und die Anti-Atom - Interessierten G8 - Aktivisten zur AntiAtomKonferenz 26.-28.01.2007, Mehringhof, Berlin Kreuzberg. Das Anti Atom Plenum Berlin lädt Euch zur nächsten Frühjahrskonferenz nach Berlin ein. Das AAP bietet Euch die Organisation der Konferenz an, heißt Raum, etwas zu essen, den Einstieg am Eröffnungsabend und was Compañer@s so alles brauchen, um eine gute Konferenz durchzuführen. Die inhaltliche Vorbereitung, Workshops, Themen, die Euch bewegen und unbedingt dort besprochen werden müssen, bringt ihr mit!

Wir freuen uns auf Eure Ideen und Vorschläge und Beiträge, ohne Eure Bereitschaft diese einzubringen wird das nämlich sonst nix....

Bitte meldet Euch doch möglichst bald, wenn ihr schon Workshopideen habt und schickt uns einen kurzen Text, damit wir eine ungefähre Vorstellung und Struktur für die Konferenz entwickeln können. fragen und anregungen? erreichbar sind wir per Email unter aap-berlin@squat.net wir freuen uns auf heikle debatten und gewagte einschätzungen, atomausstieg selber machen,



aap berlin

**Ich abonniere die  
Gorleben Rundschau**

ab der nächsten Ausgabe.

- Bitte schickt mir jeweils ein Exemplar (EUR 15 pro Jahr)
- Bitte schickt mir jeweils 10 Exemplare (EUR 50 pro Jahr)
- Bitte schickt mir jeweils 100 Exemplare (EUR 120 pro Jahr)
- Ich erteile hiermit der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. eine Einzugsermächtigung für mein Konto.

Konto-Nr.: .....

BLZ: .....

Geldinstitut: .....

Name: .....

Adresse: .....

Datum, Unterschrift .....

Ausschneiden und abschicken an: BI-Büro, Drawehner Str. 3, 29439 Lüchow,  
Konto der BI: KSK Lüchow, BLZ 258 501 10, Konto: 004 406 072 |  
Das Abo kann jederzeit zum Jahresende gekündigt werden.

**Impressum**

Die Gorleben-Rundschau erscheint 10-12 mal jährlich und wird herausgegeben von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V..

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Für Neuerungen, produktive Anregungen und LeserInnen-briefe sind wir immer ansprechbar. Es ist erwünscht, eigene Texte zum Thema Atomkraft, Gorleben und erneuerbare Energien einzubringen; sie werden gerne veröffentlicht, sofern sie in den Kontext der Ausgabe passen.

**Redaktion:** H. Eckert, W. Taubitz, F. Althoff  
**Bildmaterial:** D. Metk, M. Eickhoff  
**Mitarbeit:** F. Althoff, aaa redaktion, D. Metk, U. Heyden, M. Eickhoff, aap berlin

**Auflage:** 2000

**BI Büro:** Drawehner Str. 3, 29439 Lüchow  
Fon: 05841/4684, Fax: 05841/3197,  
bi-luechow@t-online.de, www.bi-luechow-dannenberg.de  
**Öffnungszeiten:**  
Mo, Mi, Fr, Sa 9 - 12 Uhr, Di + Do 15 - 18 Uhr